

Gesetzliche Rentenversicherung Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Gleiches Recht für alle Bürger; für eine solidarische Gesellschaft¹⁾.



Schluss mit dem Zwei-Klassenrecht bei der Altersversorgung in Deutschland:

Schluss mit der Diskriminierung von 60 Millionen Arbeitnehmern und Rentnern;
Schluss mit der Verletzung von Grund- und Menschenrechten;
Schluss mit der Umverteilung von Beitragsgeldern zugunsten von Politikern,
höheren Beamten und Richtern²⁾;
Offenlegung und vollständige Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen
durch den Bundeshaushalt.



**Einbeziehung der gesetzlich Versicherten bei Entscheidungen über das
Rentenrecht.**



**Einbeziehung aller derjenigen in die Gesetzliche Rentenversicherung,
die über sie bestimmen und richten.**



**Anhebung des Rentenniveaus wieder auf 71 Prozent
bei 40 Versicherungsjahren.**



Kein Rentenabschlag nach Vollendung des 65. Lebensjahres.



Beitragspflicht für Vermögens- und Kapitaleinkünfte³⁾.



Staatliche Unterstützung der gesetzlichen Rentenversicherung mindestens in gleichem Umfang wie die zusätzliche private Altersversorgung.



Mindestrente auf dem Niveau der Mindestpension bei 40 Versicherungsjahren.



**Gleichstellung aller Mütter und Väter,
die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben.**



Kein Abschlag bei voller Erwerbsminderungsrente.



Kein Abschlag bei Hinterbliebenenrenten.



Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze³⁾.

¹⁾ Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem nicht alle erwerbstätigen Bürger in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind.

²⁾ Laut Bundesregierung sind versicherungsfremde Leistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung, Gesetzlichen Krankenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 65 Mrd. Euro pro Jahr nicht durch Bundeszuschüsse gedeckt. Das entlastet massiv die Abgabenlast derer, die keine Beiträge in die Sozialversicherung zahlen.

³⁾ Wie das Beispiel Schweiz zeigt, kann durch diese Maßnahmen der Beitragssatz drastisch reduziert werden.